



MdB Astrid Grotelüschchen

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-74608

Fax: +49 30 227-76608

E-Mail: astrid.grotelueschen@bundestag.de

21. Mai 2021

Weitere Lücken werden geschlossen

„Gute Nachrichten für Nordenham: Die Telekom treibt den Mobilfunkausbau voran und schließt die „digitalen Lücken““, so die direkt gewählte Bundestagsabgeordnete Astrid Grotelüschchen über den geplanten Ausbau. Damit steigt die Bevölkerungsabdeckung im Landkreis Wesermarsch auf 98 Prozent bei bisher 26 Standorten. Bis 2023 werden weitere sieben Standorte hinzukommen und damit eine flächendeckende Versorgung erreicht werden! „Aus eigener Erfahrung und aus Rückmeldungen von Bürgerinnen und Bürgern weiß ich, dass die Abdeckung im Mobilfunk und Breitband nicht ausreichend ist. Umso wichtiger ist es, dass schnell und umfänglich nachgebessert wird“, so Grotelüschchen. Auch der nds. Minister für Kultur und Wissenschaft, Björn Thümler, betont: „Eine flächendeckende Versorgung ist ein wichtiger Beitrag zur Zukunftsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit unseres Landkreises. An diesem Thema muss weiterhin auf allen Ebenen mit Nachdruck gearbeitet werden.“ Nicht nur im Mobilfunkbereich, sondern auch die Breitbandversorgung wird ausgebaut.

Insgesamt 12 Milliarden Euro stehen im aktuellen Graue-Flecken-Programm des Bundes für Kommunen, Zweckverbände oder auch Gebietskörperschaften zur Verfügung, um dort den Ausbau voranzutreiben, wo Telekommunikationsanbieter ihn nicht leisten. Neu ist dabei eine erhöhte Aufgreifschwelle: „Anträge können ab einer Downloadgeschwindigkeit unter 100mbit/s gestellt werden und nicht mehr nur ab unter 30mbit/s. Die Korrektur nach oben war dringend notwendig, denn in den letzten Jahren hat die benötigte Bandbreite rasant zugenommen, Tendenz steigend. Homeoffice, Homeschooling, Geschäftsunterlagen oder Entwürfe – der Alltag funktioniert, das sehen wir besonders, aber nicht nur im Moment, nur mit genügend Kapazität“, so Grotelüschchen, die sich seit Jahren für die Förderung des Breitbandausbaus in ihrem Wahlkreis einsetzt. Kleine und mittlere Unternehmen, Krankenhäuser, Schulen oder Gewerbegebiete sind sogar ohne diese Schwelle förderfähig. Jeweils 50-70 Prozent der Kosten trägt der Bund, ob im Betreiber- oder Wirtschaftlichkeitslückenmodell, Beratungs- und Planungsleistungen werden zu 100 Prozent finanziert.

Pressemitteilung